

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der Bundeskongress möge beschließen:

3

4 **Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!**

5

6 Wir fordern, dass die Bewohner*innen eines Mehrparteienhauses Bewohner*innenräte bil-
7 den und die Mieter*innen des*der gleichen Vermieter*in Mieter*innenräte bilden, die je-
8 weils ein umfassendes Mitspracherecht haben.

9 Wir wollen nicht, dass die Eigentümer*innenversammlung abgeschafft wird. Das wäre so-
10 wohl organisatorisch und rechtlich unmöglich als auch entgegen der Idee dieses Antrags,
11 da die Zahlungspflicht für das Haus betreffende Maßnahmen bei den Eigentümer*innen
12 und nicht den Mieter*innen liegt.

13

14 Es folgt eine Auflistung möglicher Aufgaben solcher Räte, die nicht als abschließend an-
15 zusehen ist:

16 *Bewohner*innenräte:*

- 17 • sollen Putzpläne, Hausordnung, Nutzungsregelungen von Gemeinschaftsflächen
18 etc. selbstständig aufstellen und ändern können. Grundsätzliche Kriterien hierzu
19 können von den Eigentümer*innen vorgegeben werden.
- 20 • sollten bei Sanierungs- und Renovierungsarbeiten, welche das gesamte Haus
21 betreffen und zu einer Mieterhöhung führen könnten, ein Mitspracherecht
22 bekommen.

23 *Mieter*innenräte:*

- 24 • sollen geplanten Mieterhöhungen zustimmen müssen.
- 25 • sollen als Ansprechpartner*innen bei Streitigkeiten zwischen einzelnen
26 Mieter*innen und dem*der Vermieter*in dienen.

27

28 Bewohner*innenräte werden eingerichtet für die Bewohner*innen eines Hauses. Dazu ge-
29 hören natürlich auch Eigentümer*innen, sofern sie im betreffenden Haus leben.

30 Mieter*innenräte werden eingerichtet für die Mieter*innen des*der gleichen Vermieter*in,
31 sobald ein*e Vermieter*in mehr als 5 Wohnungen in einer Kommune hat oder gewerblich
32 vermietet. Bei der Einrichtung von Mieter*innenräte muss für jeden Rat geprüft werden,
33 ob es, gerade bei großen Vermieter*innen, wie z.B. bei Vonovia, sinnvoll ist, kleinteilige
34 Räte einzurichten, die durch ein Delegationsprinzip auf höheren Ebenen agieren können.

35

36 Für uns Jusos ist aber selbstverständlich, dass die Einrichtung der Mieter*innen- und Be-
37 wohner*innenräte nicht das letzte Wort im Bereich Wohnen und Wohnraum sind. Wir for-
38 dern weiterhin die stetige und bedarfsgerechte Erhöhung des Wohnraums, bis dieser für
39 alle Menschen verfügbar ist.

40 Es reicht aber nicht aus, wenn der Wohnraum zur Verfügung steht, sondern die Men-
41 schen müssen ihn sich auch leisten können. Das ist aber nicht immer der Fall, sondern
42 häufig stehen Gebäude leer, weil die Eigentümer*innen keine Mieter*innen finden, die ih-
43 ren Ansprüchen gerecht werden. Dabei können die Eigentümer*innen aber größtenteils
44 nicht frei handeln, sondern sind Teil des wirtschaftlichen Systems, welches sie dazu
45 zwingt, aus einem Wert den größtmöglichen Profit heraus zu holen, so auch aus dem
46 Wert Wohnraum. Dadurch können sie beispielsweise gar nicht unter einem bestimmten
47 Preis vermieten oder nicht an bestimmte in ihren Augen nicht zuverlässige Mieter*innen.
48 Die Misere ist also nicht nur die Schuld der Eigentümer*innen sondern auch die der Ge-
49 sellschaft und deshalb ist es auch die Pflicht der Gesellschaft, daran etwas zu ändern und
50 allen Menschen Wohnraum zu organisieren.

51
52 Wir möchten deshalb auch kritisieren, dass diese Gesellschaft überhaupt privates Eigen-
53 tum an Wohnraum zulässt. Für uns stellt das Eigentum an wertvollen oder vermeintlich
54 wertvollen Objekten und der damit verbundene Ausschluss von anderen Personen von
55 deren Nutzung eine der Kernursachen für das Bestehen des kapitalistischen Systems dar.
56 Nur weil erzeugter Profit wiederum investiert werden kann und dann seinerseits wieder
57 einen Gewinn abwirft läuft die Maschinerie des Kapitalismus. Diese Kette könnte natürlich
58 durchbrochen werden, aber der*die Eigentümer*in verhindert dies durch Gewalt bzw. lässt
59 es durch den Staat verhindern, der im Rahmen des Gewaltmonopols diese Rolle von
60 dem*der Eigentümer*in übernommen hat. Die Gesellschaft muss also das Verteidigungs-
61 recht zurücknehmen, was nur im Rahmen einer Abkehr von der Grundidee des Eigen-
62 tumsbegriffes geschehen kann.

63
64 Ein weiterer Grund, kritisch an die Grundfrage von privatem Eigentum an Wohnraum her-
65 anzugehen ist, dass sich gerade in Immobilien das Vermögen konzentriert. So liegt ein
66 Großteil des gesamten Vermögens in Deutschland in Immobilien, was schon alleine des-
67 halb nicht verwundern darf, weil Immobilienvermögen als krisenfest gilt: „Wohnraum
68 brauchen die Menschen immer“. Und da sich das Kapital am Markt nahezu immer den
69 bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Im-
70 mobilen naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Wenn also die ungerechte Verteilung
71 von Vermögen in Deutschland angegangen werden soll, so muss auch die Frage nach
72 dem Eigentum an Immobilien gestellt werden.

73 Jeder Mensch hat Grundbedürfnisse und muss diese zum Überleben befriedigen. Dazu
74 zählt für uns Jusos auch der Wohnraum, denn ohne ein Dach über dem Kopf ist der
75 Mensch ständig Gefahren ausgesetzt und kann nur schwerlich überleben. Aber der
76 Mensch braucht nicht nur irgendein Dach über dem Kopf, sondern ein solches, welches
77 ihn auch in seiner Würde nicht verletzt. Deshalb erkennen wir das Recht auf Wohnraum
78 auch als Menschenrecht an. Für uns Jusos ist aber auch klar, dass es möglichst kein priva-
79 tes Eigentum an Dingen geben sollte, welche alle Menschen zur Befriedigung ihrer
80 Grundbedürfnisse brauchen. So wollen wir nicht, dass Wasser oder Luft dem Markt an-
81 heim gestellt werden, sondern sie sollen der Gesellschaft zur Verfügung stehen und von
82 ihr zum Wohle aller Menschen verteilt werden. Ebenso wollen wir, dass der Wohnraum
83 welcher der Gesellschaft insgesamt zur Verfügung steht, auch von dieser nach den indivi-
84 duellen Bedürfnissen der Menschen verteilt wird und nicht nach den Kriterien des Mark-
85 tes.

86

87 **Begründung:**

88 Erfolgt mündlich.